presse

Bundesrat winkt faulen Kompromiss bei der Solarförderung durch

Zum Entschluss des Bundesrates, beim Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Kürzung der Einspeisevergütung für Strom aus Solaranlagen keinen Einspruch zu erheben, erklärt der stellvertretende energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dirk Becker:

Der Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag hat seine Chance verspielt, die Solarförderung mit einer Einigung auf eine maßvolle Einmalabsenkung zukunftsorientiert auszurichten. Dies ist ein zusätzlicher Beweis dafür, dass die Regierungskoalition in Sachen Energiepolitik weiterhin orientierungs- und konzeptlos durch die Gegend irrt, erklärt Dirk Becker.

Der Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag hat seine Chance verspielt, die Solarförderung mit einer Einigung auf eine maßvolle Einmalabsenkung zukunftsorientiert auszurichten. Aus den von Bundesumweltminister Röttgen vorgeschlagenen zusätzlichen 16 Prozent zum 1. Juli machte der Vermittlungsausschuss jetzt 13 Prozent zum 1. Juli und weitere drei Prozent zum 1. Oktober. Heute wurde das Ergebnis von der schwarz-gelben Ländermehrheit im Bundesrat durchgewunken, auf einen Einspruch wurde verzichtet. Für uns ist dies ein zusätzlicher Beweis dafür, dass die Regierungskoalition in Sachen Energiepolitik weiterhin orientierungs- und konzeptlos durch die Gegend irrt.

In nur zwölf Monaten sinkt mit dieser Entscheidung die Einspeisevergütung für Solarstrom um mindestens 35 Prozent. In den Verhandlungen musste Bundesumweltminister Norbert Röttgen eingestehen, keinerlei Erkenntnisse zu besitzen, ob die deutschen Produzenten, die bisher jährlich um stolze zehn bis fünfzehn Prozent preisgünstiger werden konnten, diese Kürzungen wirtschaftlich überleben können. Auch die Auswirkungen auf das installierende Handwerk, dass diese Kostensenkungen nicht aufweisen kann, konnte der Minister nicht

nennen. Zu guter Letzt musste Röttgen eingestehen, mit erschreckend falschen Zahlen gerechnet zu haben. So lag dem Gesetzentwurf nie ein Zahlenwerk zu der Kostenentwicklung hiesiger Hersteller von Solaranlagen zugrunde, sondern er orientierte sich stets nur an den zum Teil verzerrten Preisen. Fest steht, die deutsche Technologieführerschaft und rund 60.000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

In den Verhandlungen zeigte sich die schwarz-gelbe Regierungskoalition in Bezug auf Alternativen und Korrekturen beratungsresistent. Die SPD hätte eine hohe einmalige Vergütungskürzung mitgetragen, wenn im Gegenzug die zweite scharfe Kürzung zum Jahreswechsel 2010/2011 geringer ausgefallen wäre.

Die jetzt "erreichte" minimale zeitliche Streckung der Kürzungen ist keine Hilfe, sie verlängert und verschärft nur den gegenwärtigen "Run" von Investoren auf Solarmodule, die noch vor den Vergütungsabsenkungen ihre Anlagen aufs Dach bringen wollen. Als Konsequenz droht, dass in Deutschland ein noch höherer Anteil in Asien hergestellter Solarmodule zu Dumpingpreisen abgesetzt wird und die deutsche Photovoltaikindustrie schrumpft.